

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Ortschaftsrat Bitterfeld führte seine 39. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 20.07.2011, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Bitterfeld, Markt 7, Historisches Rathaus, Ratssaal, von 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Dr. Joachim Gülland

Ortsbürgermeister

Mitglied

Klaus-Ari Gatter
Jürgen Bernhardt
Jutta Engler
Johanna Gotzmann
Dr. Thomas Klumpp
Brigitte Leuschner
Dietmar Mengel
Siegfried Merkel
Hans-Christian Quilitzsch
Stefan Rienäcker
Günter Sturm
Heinz-Dieter Zimmer
Dagmar Zoschke

stellv. Ortsbürgermeister

abwesend:

Mitglied

Fabian Behr
Dagmar Kurschus
Julia Lerche
Wolfgang Wießner
Peter Ziehm

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Mittwoch, den 20.07.2011, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Ortschaftsrates vom 15.06.2011	
4	Bericht des Ortsbürgermeisters zur Ausführung gefasster Beschlüsse und aktuelle Mitteilungen aus Dienstberatungen mit der Oberbürgermeisterin	
5	Anregungen und Anfragen durch die Mitglieder des Ortschaftsrates	
6	Einwohnerfragestunde für die in der Ortschaft wohnenden Einwohner/innen der Stadt	
7	Informationen über die Planung eines "Ausbildungspflegeheimes an der Goitzsche" BE: Ortsbürgermeister / Projektentwicklung Dr. Flämig	
8	Informationen über "Für und Wider zum Ufervertrag" BE: Ortsbürgermeister	
9	Steuersatzung 2012 BE: GB Finanzwesen	Beschlussantrag 110-2011
10	Beschluss zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: Ortsbürgermeister	Beschlussantrag 117-2011
11	Beschluss zur Hundesteuersatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: Ortsbürgermeister	Beschlussantrag 118-2011
12	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der Ortsbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 14 stimmberechtigten Mitgliedern fest.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Da keine Änderungen zur Tagesordnung beantragt werden, lässt Herr Dr. Gülland über die vorliegende Tagesordnung abstimmen.</p> <p>Die Tagesordnung wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Ortschaftsrates vom 15.06.2011</p> <p>Herr Sturm weist darauf hin, dass es im vorletzten Satz des TOP 4 wie folgt lauten muss: „... feiert die Partnerstadt Marl ihr 75-jähriges Bestehen.“</p> <p>Der Ortsbürgermeister bittet diese Änderung handschriftlich vorzunehmen und lässt über die so geänderte Niederschrift abstimmen.</p> <p>Die Niederschrift wird genehmigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 12 Nein 0 Enthaltung 2</p>
<p>zu 4</p>	<p>Bericht des Ortsbürgermeisters zur Ausführung gefasster Beschlüsse und aktuelle Mitteilungen aus Dienstberatungen mit der Oberbürgermeisterin</p> <p>Herr Dr. Gülland berichtet über folgende in der Stadtratssitzung am 29.06.2011 gefassten Beschlüsse:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 095-2011 „Weiterführung der Haushaltskonsolidierung“ – mehrheitlich beschlossen Da die Ortschaftsräte hierzu nicht angehört wurden, obwohl die Ortschaften von darin festgelegten Angelegenheiten betroffen sind, haben die Ortsbürgermeister von Greppin und Bitterfeld gem. § 88 Abs. 4 a GO-LSA von ihrem Recht des Zweitbeschlussverlangens Gebrauch gemacht. Der Bereich Recht der Stadt hat diese Verfahrensweise für rechtskonform erklärt. Der Stadtratsvorsitzende hat den Sachverhalt aber noch zur Prüfung an die Kommunalaufsicht übergeben, wobei die Antwort noch aussteht. - 100-2011 „Übertragung der Trägerschaft für die Kindertageseinrichtung ‘Traumzauberbaum’ an die Euro-Schulen Bitterfeld-Wolfen“ – mehrheitlich beschlossen - 091-2011 „Zwischenabwägung der Stellungnahmen zur Aufhebungssatzung zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 003 ‘Marler Platz’ im Ortsteil Bitterfeld“ – einstimmig beschlossen - 097-2011 „Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur Aufhebung des 	

	<p><i>Bebauungsplanes Nr. 003 'Marler Platz' im Ortsteil Bitterfeld“ – einstimmig beschlossen</i></p> <p><i>- 096-2011 „1. Änderung des Bebauungsplanes 'Wassersportzentrum' im Ortsteil Bitterfeld, Billigung und Auslegung des 1. Entwurfs“ – mehrheitlich beschlossen</i></p> <p>Der Beschlussantrag wurde mit der Änderung beschlossen, dass ein mindestens 10 m breiter Streifen zwischen Ufer und Zaun frei zugänglich zu halten ist.</p> <p>Der Ortsbürgermeister geht nun auf die Beratung mit der Oberbürgermeisterin am 04.07.2011 ein. Hier wurde eine Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes zum Thema Sicherheit und Ordnung ausgereicht. Er verweist auf das mit den Sitzungsunterlagen ausgereichte Schreiben vom Städte- und Gemeindebund bezüglich der Bestrebungen des Landes Sachsen-Anhalt, auf die Kfz-Kennzeichen der ehemaligen Kreisstädte zurückzugreifen. Des Weiteren wurde hier der Ufervertrag angesprochen und eine schriftliche Stellungnahme zum Mietspiegel verteilt. Die Erneuerung des Gehwegs in der Burgstraße 44-58 wird frühestens im Jahr 2012 realisiert werden können. In Kürze wird aber ein provisorischer Fußweg errichtet. Zur Bushaltestelle am Friedhof teilt er mit, dass diese ab August wieder bedient werden soll. Zudem hat die Verwaltung den Vorstandsvorsitzenden der Bahn, Herrn Grube, angeschrieben, um eine verbindliche Aussage zur Problematik der Bahnübergänge in Greppin zu erhalten. Weiterhin wurde von den Ortsbürgermeistern angeregt, die Geschwindigkeitsanzeigen in Greppin und Holzweißig wieder in Betrieb zu nehmen.</p> <p>Herr Dr. Gülland informiert, dass am 28.07.2011 um 17 Uhr an der so genannten „Blauen Bank“ eine Infoveranstaltung zur Uferproblematik stattfindet. Die nächste Sitzung des Ortschaftsrates ist für den 17.08.2011 geplant.</p> <p>Er lobt die Durchführung des Hafenfestes und sagt, dass die dafür bereitgestellten Mittel aus dem Brauchtum des Ortschaftsrates Bitterfeld nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden, sodass diese noch zur weiteren Verwendung zur Verfügung stehen.</p>	
<p>zu 5</p>	<p>Anregungen und Anfragen durch die Mitglieder des Ortschaftsrates</p> <p>Herr Dr. Klumpp erinnert an seine in der vorletzten Sitzung gestellten Anfrage, inwieweit der Bereich Ordnungswesen auf Hauseigentümer einwirkt, wenn es um Denkmalschutz geht oder Häuser verfallen. Die Antwort der Verwaltung, welche mit Zahlen belegt ist, erscheint ihm als nicht effektiv genug.</p> <p>Der Ortsbürgermeister belegt an Beispielen, dass die Verwaltung entsprechend ihrer Möglichkeiten handelt, aber der Wille und die finanziellen Mittel des Eigentümers vorhanden sein müssen, um notwendige Vorhaben zu realisieren.</p> <p>Ortschaftsrat Dr. Klumpp schlägt vor, Herrn Lodyga zu diesem Thema in den Ortschaftsrat einzuladen, um einen Einblick in die Verfahrensweise der Verwaltung zu bekommen.</p> <p>Nach weiterer Diskussion sichert Herr Dr. Gülland zu, dass er sich an die Verwaltung wenden wird, um in einer der nächsten Sitzungen einen</p>	

	<p>Vertreter aus der Verwaltung zur Berichterstattung zu diesem Thema zur Verfügung gestellt zu bekommen.</p> <p>Frau Gotzmann spricht in diesem Zusammenhang die ehemalige Molkerei in Bitterfeld an, welche nach dem Sturm noch nicht beräumt wurde. Auch hier ist ein Handeln der Verwaltung notwendig.</p> <p>Der Ortsbürgermeister geht davon aus, dass die Verwaltung den Eigentümer diesbezüglich angeschrieben hat. Er bittet hier jedoch um Information der Verwaltung.</p> <p>Herr Gatter unterstützt, dass Ordnungswidrigkeitsverfahren verstärkt durchgeführt werden sollten.</p>	
zu 6	<p>Einwohnerfragestunde für die in der Ortschaft wohnenden Einwohner/innen der Stadt</p> <p>Da hier keine Wortmeldungen erfolgen, schließt der Ortsbürgermeister den Tagesordnungspunkt.</p>	
zu 7	<p>Informationen über die Planung eines "Ausbildungspflegeheimes an der Goitzsche"</p> <p>BE: Ortsbürgermeister / Projektentwicklung Dr. Flämig</p> <p>Herr Dr. Flämig stellt anhand von digitalen Bildern das Vorhaben einführend dar. Er informiert, dass die Planung bereits in Arbeit ist. Die Investorin hat sich entschlossen, auf der aufgezeigten Fläche ein Ausbildungspflegeheim zu errichten, welches durch die vorherrschende Mischbaufläche möglich ist. Das Konzept besteht darin, das Aufgabengebiet Pflege mit Maßnahmen der Erstausbildung und vor allem der Weiterbildung durchzuführen. Dies soll von Bildungsträgern begleitet werden. Im Objekt ist es angedacht, hierfür entsprechende Schulungsräume für bis zu 60 Personen vorzuhalten. Es liegt in diesem Gebiet jedoch eine bauliche Einschränkung vor, d. h. die Grundflächenzahl beträgt 0,3. Somit ist es möglich, ein Gebäude mit 3 Vollgeschossen zu erbauen. Herr Dr. Flämig erklärt, dass er heute keine Entwurfsfassung des Objektes zeigen kann, da die Planer 2 Grundideen entwickelt haben, welche aber noch in Übereinstimmung gebracht werden müssen. Diese Übereinstimmung soll bis Ende August zu einem genehmigungsfähigen Objekt gebracht werden, sodass bis Mitte September der Bauantrag gestellt werden kann. Er sagt, dass das Grundstück bereits gekauft wurde und die Baumaßnahmen im nächsten Jahr beginnen können. Das Objekt soll 50 Betten umfassen, damit eine Wirtschaftlichkeit hergestellt wird.</p> <p>Auf Anfrage von Ortschaftsrat Gatter teilt Herr Dr. Flämig mit, dass man nicht von einer wesentlichen Immission des Sportplatzes ausgeht, welche den Betrieb der Pflegeeinrichtung stören könnte.</p> <p>Auf Anfrage von Frau Gotzmann erklärt Herr Dr. Flämig, dass die öffentliche Erschließung über die Straße Am Stadion erfolgen soll.</p> <p>Ortschaftsrätin Zoschke fragt, wie hoch die Ausbildungskapazität sein wird und ob es sich bei der konzeptionellen Arbeit um die 4. Generation oder schon die 5. Generation handeln wird.</p> <p>Herr Dr. Flämig antwortet, dass der Ausbildungsmodus nicht durch die</p>	

	<p>Pflegeeinrichtung, sondern durch die tätig werdenden Bildungsträger festgelegt wird. Mit den Bildungsträgern befindet man sich derzeit aber noch in den Verhandlungen. Er äußert, dass die inhaltliche Ausgestaltung der Pflegeeinrichtung eher der 4. Generation entspricht.</p> <p>Herr Dr. Klumpp möchte wissen, warum sich die Investorin für die Fläche des derzeitigen Parkplatzes entschieden hat, obwohl gegenüber noch eine Fläche vorhanden ist.</p> <p>Herr Dr. Flämig sagt, dass für diese Fläche kein Planungsrecht vorliegt. Grund hierfür ist, dass dort eine Bahnstromleitung entlang führt, welche nicht unterbaut werden darf. Zudem ist die Fläche aus verwaltungsrechtlicher Sicht noch als Hochwasserschutzanlage festgesetzt, wofür ein Verlagerungsverfahren durchzuführen wäre. Für den vorhandenen Wald müsste man weiterhin einen Ausgleich schaffen oder eine Waldumwandlung vornehmen. Eine Bebauung könnte im Jahr 2015 möglich sein. Da die Investorin das Vorhaben jedoch zeitnah umsetzen will, stellt die Fläche keine Option dar.</p> <p>Herr Sturm ist der Meinung, dass die angesprochene Stromleitung im ehemaligen Reichsbahnkraftwerk in Muldenstein begann. Fraglich ist, ob die Leitung noch unter Spannung ist. Weiterhin äußert er, dass er heute auf bauliche Ausführungen gehofft hatte. Er spricht sich dafür aus, dass diese zu gegebener Zeit nachgeholt werden.</p> <p>Herr Dr. Flämig erklärt, dass die Investorin einen Entwurf vorstellen möchte, welcher auch baugenehmigungsfähig und damit umsetzbar ist. Zur Bahnstromleitung äußert er, dass diese aus dem Trassenbereich Zschornowitz kommt und unter Spannung steht. Bei einer Umverlegung wären hier 38 Masten betroffen.</p> <p>Der Ortsbürgermeister bittet darum, dass der Entwurf des Vorhabens noch einmal genauer im Ortschaftsrat vorgestellt wird.</p>	
<p>zu 8</p>	<p>Informationen über "Für und Wider zum Ufervertrag" BE: Ortsbürgermeister</p> <p>Herr Dr. Gülland verweist auf den Text des Tagesordnungspunktes, welcher „Informationen über `Für und Wider zum Ufervertrag´ und Goitzschebewirtschaftung“ lautete. Die Oberbürgermeisterin hat nach Kenntnis der Tagesordnung die Teilnahme von Vertretern des Fachbereiches Goitzschebewirtschaftung an der Sitzung untersagt, obwohl der Ortsbürgermeister das Thema vorab mit den Mitarbeitern abgestimmt hatte. Gegenstand des Themas sollten Informationen über neue Projekte, wie z. B. ein Wasserrad im Strengbach/ in der Leine, welches Ende August aufgestellt werden soll, sein.</p> <p>Er erklärt, dass der vorliegende Ufervertrag am 03.05.2001 von den Bürgermeistern der Stadt Bitterfeld und der Gemeinden Holzweißig, Pouch, Petersroda, Friedersdorf, Mühlbeck und Muldenstein unterzeichnet wurde. Da hier jedoch die Unterschrift des damaligen Eigentümers (LMBV) fehlte, ist der Vertrag nicht verbindlich und stellt „nur“ eine Willensbekundung dar. Für die Unterzeichner ist diese Erklärung aber verbindlich. Der Zweckverband Bergbaufolgelandschaft Goitzsche hat die Anwendung der Prinzipien des Ufervertrages im Jahr 2005 auch in die Präambel seiner Satzung aufgenommen. Seines Erachtens nach ist die Stadt Bitterfeld-Wolfen als Rechtsnachfolger von Bitterfeld und Holzweißig an diese</p>	

Prinzipien gebunden. Damit diese Willensbekundung, welche in die Bebauungspläne einfließt, keinen willkürlichen Charakter erlangt, müssen klare Regeln vorliegen, welche dem Käufer bereits beim Kauf bekannt sind. Bisher ist es der Verwaltung nicht gelungen, eine rechtlich verbindliche Vereinbarung zwischen ihr und dem Zweckverband Bergbaufolgelandschaft Goitzsche sowie der EBV zur Freihaltung der Uferzone in der Gemarkung Bitterfeld abzuschließen. Die Einbeziehung der Gemeinde Muldestausee hält er für sinnvoll, da diese über die größten vermarktungsfähigen Flächen verfügt und künftig nur noch das Gelände zwischen dem Uferweg und Ufer in Mühlbeck und Pouch freigeben wird und nicht zwischen dem Goitzscheufer und Uferweg. Die einzige Ausnahme hiervon bildet das geplante Hotel im Uferbereich der Halbinsel Pouch. Herr Dr. Gülland äußert weiter sein Unverständnis darüber, dass bei Verkäufen durch die EBV das Anliegen des Ufervertrages außer Acht gelassen wird, obwohl die Oberbürgermeisterin der Stadt hier Aufsichtsratsvorsitzende ist. Das Kernproblem ist die Gewährleistung der durchgängigen öffentlichen Zugänglichkeit des Bereiches zwischen dem Goitzscheufer und dem Uferweg. Auch wurde die Wahrnehmung dieses Themas in der Öffentlichkeit durch die Berichterstattung in der MZ positiv beeinflusst. Er schlägt vor, dass sich der Ortschaftsrat mit einer Empfehlung für die weitere Verfahrensweise der Stadt in diesem Prozess einbringt. Der Ortsbürgermeister benennt die folgenden Prämissen, welche einen Beschluss als Empfehlung an den Stadtrat darstellen könnten:

Die Stadt soll

- die Anliegen des Ufervertrages durchsetzen
- die Festlegungen in den entsprechenden B-Plänen so treffen, dass der Ufervertrag eingehalten wird
- als Anteilseigner in den kommunalen Gesellschaften dafür sorgen, dass der Ufervertrag in den Grundstücksverträgen als rechtlich bindend aufgenommen wird
- die bisherigen Verletzungen rückgängig machen bzw. diese im Allgemeininteresse auf ein Mindestmaß beschränken
- bei anderen Anliegerkommunen auf die Einhaltung der vorstehenden Anforderungen hinwirken
- darauf einwirken, dass die Grundstücke zwischen dem Uferweg und dem Ufer, deren Nutzung im öffentlichen Interesse liegen, nur noch über Erbpachtverträge übereignet werden

Herr Dr. Gülland möchte wissen, wie der Ortschaftsrat zu diesen Vorstellungen steht.

Ortschaftsrat Gatter empfiehlt, dass die Anrainer mit den Interessenten zusammenkommen sollten, um einen neuen Ufervertrag zu entwickeln, welcher dann von allen unterzeichnet wird. Danach sollte man die Kommunen einbeziehen. Er bemerkt zudem, dass es bei der weiteren Vermarktung an der Goitzsche immer wieder zu Situationen kommen wird, wo man etwas einfrieden muss. Der Uferweg soll jedoch weitestgehend zugänglich sein.

Herr Dr. Klumpp ist der Meinung, dass der Ufervertrag weiterhin als Vertrag angesehen werden sollte. Er führt an, dass man Verträge auch mündlich mit seinem Handeln eingehen kann. Das Handeln aller Beteiligten hat bewiesen, dass die Beteiligten den Ufervertrag genutzt haben, wenn er ihnen zum Vorteil war, z. B. bei der Inanspruchnahme von Fördermitteln und der EXPO. Demnach haben sich die Beteiligten mit dem Vertrag einverstanden erklärt und es besteht ein Anspruch darauf, dass der

Ufervertrag erfüllt wird.

Der **Ortsbürgermeister** äußert, dass sich die Stadt positionieren muss, wie sie zum Ufervertrag steht.

Ortschaftsrätin Zoschke unterstützt die Empfehlung von Herrn Gatter, dass sich die Beteiligten zusammenfinden und hält dies für den einzigen Weg.

Herr Dr. Gülland kritisiert, dass um die Goitzsche immer mehr Tatsachen geschaffen werden, welche nicht mehr rückgängig gemacht werden können und die Stadt seit 1 ½ Jahren noch keine Dreiervereinbarung erzielt hat.

Frau Zoschke entgegnet, dass der Ortschaftsrat einen Antrag an den Stadtrat stellen könnte.

Ortschaftsrätin Engler erinnert daran, dass sie in der letzten Ortschaftsratssitzung bereits auf die Problematik der Einzäunung, zum Schutz des Eigentums vor Fremdeinwirkung und Vandalismus, hingewiesen hat. Frau Brandt konnte hierzu keine Aussage treffen und sicherte eine Zuarbeit zur Niederschrift zu. Diese Zuarbeit konnte Frau Engler in der Niederschrift nicht finden. Sie spricht sich dafür aus, dass eine Vereinbarung geschaffen werden muss und der Ortschaftsrat dies, soweit es ihm möglich ist, unterstützen sollte.

Frau Gotzmann sagt, dass ein Vertrag ausgehandelt werden muss, nach dem sich jeder zu richten hat, auch Mühlbeck und Pouch.

Der **Ortsbürgermeister** schlägt vor, eine Empfehlung an die Ausschüsse und den Stadtrat zu geben, dass der Ortschaftsrat Bitterfeld das Anliegen des Ufervertrages unterstützt und die Stadt auffordert, mit den handelnden Parteien schnellstmöglich eine rechtlich verbindliche Vereinbarung zu treffen.

Ortschaftsrätin Zoschke gibt ihre Zustimmung zu dem vorgetragenen Inhalt. Sie äußert jedoch ihre Bedenken, jetzt über diese Empfehlung zu beschließen und verweist hierzu auf die GO-LSA.

Herr Dr. Gülland sagt, dass man die Empfehlung auch aus der Diskussion heraus abgeben kann.

Er fragt die Ortschaftsräte, ob sie damit einverstanden sind, dass man eine Empfehlung abgibt.

Ja: 14
Nein: 0
Enthaltungen: 0

Beschluss: Der Ortschaftsrat ist damit einverstanden, eine Empfehlung abzugeben.

Der Ortsbürgermeister trägt den folgenden Empfehlungsinhalt vor und bittet hierüber abzustimmen:

Der Ortschaftsrat unterstützt die Anliegen des Ufervertrages sowie deren Durchsetzung durch die Stadt und fordert die Stadt auf, mit den handelnden Parteien eine rechtlich verbindliche Vereinbarung zu schaffen, welche die öffentliche Zugänglichkeit zwischen dem Goitzscheufer und dem Uferweg

	<p>durchgängig gewährleistet.</p> <p>Ja: 14 Nein: 0 Enthaltungen: 0</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Ortschaftsrat unterstützt die Anliegen des Ufervertrages sowie deren Durchsetzung durch die Stadt und fordert die Stadt auf, mit den handelnden Parteien eine rechtlich verbindliche Vereinbarung zu schaffen, welche die öffentliche Zugänglichkeit zwischen dem Goitzscheufer und dem Uferweg durchgängig gewährleistet.</p> <p>Herr Dr. Klumpp äußert, dass der am Uferbereich der Goitzsche aufgestellte 2 m hohe Zaun laut B-Plan „Wassersportzentrum“ nicht zulässig ist. Er bittet hier um entsprechende Prüfung.</p> <p>Der Ortsbürgermeister sagt, dass er sich in diesem Zusammenhang bereits erkundigt hat und der Eigentümer hier im Recht ist.</p> <p>Herr Quilitzsch bringt an, dass man schon im Jahr 2001 den Uferweg hätte kaufen können bzw. jetzt noch kaufen könnte, um so etwas zu verhindern.</p>	
zu 9	<p>Steuersatzung 2012 BE: GB Finanzwesen</p> <p>Herr Sturm vertritt die Meinung, dass die im Allgemeinen vorherrschenden Steuerhebesätze ausreichend sind und eine derartige Erhöhung von der Fraktion abgelehnt wird. Die Steuerhebesätze sollten beibehalten werden.</p> <p>Der Ortsbürgermeister erklärt, dass das Finanzausgleichsgesetz bei der Berechnung der Zuweisungen und der Kreisumlage schon rein rechnerisch die Festsetzung mindestens des Landesdurchschnitts der Hebesätze voraussetzt. Sofern der Hebesatz bei 360 % verbleibt, fehlen der Stadt 111 T€ um die Mehrbelastungen aus dem auf 380 % gestiegenen Landesdurchschnitt in Form von weiter sinkenden Zuweisungen und einer weiter ansteigenden Kreisumlage zu tragen. Das Land legt sogar eine Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B und Gewerbesteuer auf 450 % nahe. Hierfür benennt er u. a. die Stadt Thale, welche die Gewerbesteuer auf 450 % erhöht hat.</p> <p>Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliert Herr Dr. Gülland den Antragsinhalt und lässt hierüber abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 110-2011</p> <p>Ja 8 Nein 5 Enthaltung 1</p>
zu 10	<p>Beschluss zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: Ortsbürgermeister</p> <p>Da keine Wortmeldungen festzustellen sind, trägt der Ortsbürgermeister den Antragsinhalt vor und bittet über diesen abzustimmen.</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Ortschaftsrat Bitterfeld empfiehlt ohne Änderungen die „Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer in der Stadt Bitterfeld-Wolfen – Vergnügungssteuersatzung“ den weiteren Gremien der Stadt Bitterfeld-Wolfen zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Beschlussantrag 117-2011</p> <p>Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 11	<p>Beschluss zur Hundesteuersatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p>	<p>Beschlussantrag</p>

	<p>BE: Ortsbürgermeister</p> <p>Herr Mengel lobt die von der Verwaltung erstellten Unterlagen. Hinsichtlich der finanziellen Situation der Stadt ist für ihn die Höhe der Steuersätze jedoch unverständlich. Zudem herrscht in der Stadt ein Problem im Bereich Ordnung und Sauberkeit, welches auch durch Hunde verursacht und mit den geringen Steuersätzen noch unterstützt wird. Aus diesem Grund beantragt Ortschaftsrat Mengel, den Steuersatz für den 1. Hund auf 61,00 € und für gefährliche Hunde auf 750,00 € zu erhöhen.</p> <p>Der Ortsbürgermeister bittet über die von Herrn Mengel beantragten Erhöhungen der Hundesteuer, welche den § 6 Abs. 1 a) und d) der Entwurfssatzung betreffen, abzustimmen.</p> <p>Ja: 11 Nein: 2 Enthaltung: 1</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Antrag auf Erhöhung der Hundesteuersätze im § 6 Abs. 1 a) und d) der Entwurfssatzung wird bestätigt.</p> <p>Herr Dr. Gülland lässt anschließend über den Antragsinhalt, mit den geänderten Steuersätzen, abstimmen.</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Ortschaftsrat Bitterfeld empfiehlt mit Änderungen die „Hundesteuersatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen“ den weiteren Gremien der Stadt Bitterfeld-Wolfen zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>118-2011</p> <p>Ja 11 Nein 2 Enthaltung 1</p>
<p>zu 12</p>	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Der Ortsbürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:50 Uhr und legt zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit eine Pause ein.</p>	

gez.
Dr. Joachim Gülland
Ortsbürgermeister

gez.
Manuela Zimmermann
Protokollantin